

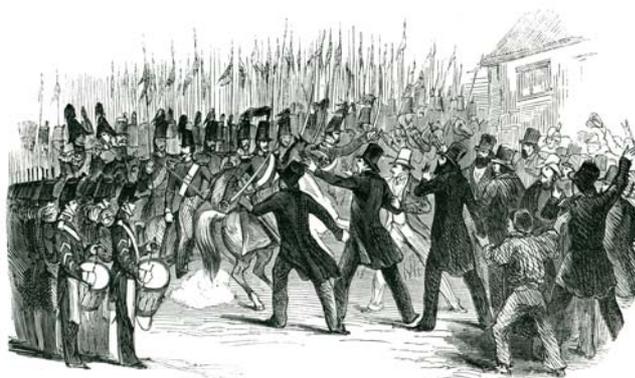


Geschichte hautnah

Teil II

Quellenmappe

für Schülerinnen und Schüler



Die Erregung der deutschen Nationalversammlung in Stuttgart.

Inhaltsübersicht

<i>Themenkomplexe</i>	<i>Seitenzahl</i>
<i>> Das Krisenjahr 1923</i>	
Einführung	<i>1</i>
Quellen	<i>2</i>
<i>> 1929 - Jahr der Wirtschaftskrise</i>	
Einführung	<i>4</i>
Quellen	<i>5</i>
<i>> Der Alltag unter dem NS-Regime</i>	
Einführung	<i>7</i>
Quellen	<i>8</i>
<i>> Propaganda und Journalismus</i>	
Einführung	<i>11</i>
Quellen	<i>12</i>
<i>> Rechtsstaatlichkeit und Widerstand</i>	
Einführung	<i>16</i>
Quellen	<i>17</i>
<i>> Die Rolle der Frau im NS-Staat</i>	
Einführung	<i>20</i>
Quellen	<i>22</i>
<i>> Jugend und Schule im Dritten Reich</i>	
Einführung	<i>27</i>
Quellen	<i>28</i>
<i>> Antisemitismus und Eugenik</i>	
Einführung	<i>31</i>
Quellen	<i>32</i>
<i>> Konzentrationslager</i>	
Einführung	<i>36</i>
Quellen	<i>37</i>

Das Krisenjahr 1923

Das Jahr 1923 wurde wegen vielerlei Faktoren zum "Krisenjahr": Einerseits besetzten französische Truppen das Ruhrgebiet, andererseits stieg die Inflation scheinbar unaufhaltsam. Dazu kam, dass die Putschversuche von rechts und links zunahmen. Doch wie kam es zu der galoppierenden Inflation von 1923? Schon während des Ersten Weltkrieges wurde die deutsche Währung stark in Mitleidenschaft gezogen. Die immensen Kriegsausgaben wurden durch Anleihen und durch Gelddruck finanziert. Der Geldumlauf steigerte sich währenddessen und das Deutsche Reich war hochverschuldet. Hinzu kam, dass den vielen Papierscheinen nur ein geringes Warenangebot gegenüberstand und somit die Preise in die Höhe schnellten.

Doch auch nach dem Krieg stand die Notenpresse nicht still. Entlassene Soldaten, Flüchtlinge, Arbeitslose und Kriegsoffer mussten mit Geld unterstützt werden und die Reparationszahlungen, die im Versailler Vertrag verankert waren, mussten abgeleistet werden.

Nachdem die Weimarer Republik die Kriegsschulden sogar schon mit Sachmitteln begleichen musste und 1923 den Forderungen nicht mehr nachkommen konnte, besetzten französische Truppen das Ruhrgebiet (Ruhrbesetzung). Die Bewohner des Gebietes protestierten gegen dieses "Pfänden" mit "passivem Widerstand". Arbeiter, Beamte und Angestellte legten die Arbeit nieder und sabotierten teilweise die Lieferungen nach Frankreich. Somit erreichte die Inflation ihren Höhepunkt, denn Streikende mussten finanziell unterstützt werden und der Wirtschaftsfaktor Ruhrgebiet war vorübergehend verloren. In dieser Situation entstand die "Große Koalition" (SPD, Zentrum, DDP, DVP) unter Reichskanzler Stresemann, der den passiven Widerstand beendete.

Parallel dazu wurden vermehrt Umsturzversuche von rechts unternommen. In München organisierte die NSDAP unter ihrem Führer Adolf Hitler einen Putschversuch, der bald von der Reichswehr niedergeworfen wurde. Daraufhin erhielt Hitler fünf Jahre Festungshaft, aus der er allerdings neun Monate später entlassen worden ist.

Nachdem die Umsturzversuche überwunden waren, widmete sich Stresemann einer anderen Aufgabe: Durch die Währungsreform sollte das Ende der Inflation eingeleitet werden. Am Ende des Jahres 1923 wurde die Rentenmark eingesetzt. Eine Rentenmark entsprach 1 Billion der "alten" Mark.

Krisenjahr 1923

(Inflation, Hitler-Putsch, Rentenmark, NSDAP, Ruhrbesetzung)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel-Nr.</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 130 a	1258	Notgesetz vom 24. Februar 1923; Preistreiberei-Verordnung; Verordnung über Handelsbeschränkungen; Verordnung gegen verbotene Ausfuhr lebensnotwendiger Gegenstände; Verordnung zur Maßnahme zum Schutze der Währung	1923	masch.
	1255	Deutsches Volksoffer und Schwäbische Ruhrhilfe: Aufrufe, Eingaben, Sammlung, Verwaltung und Verwendung der Spenden, Unterbringung von Kindern aus dem Ruhrgebiet	1923	masch.
E 130 b	368	Berichte des württembergischen Gesandten in München (Enthält u.a.: Prozess gegen Teilnehmer am Hitlerputsch, Hitlers Staatsangehörigkeit)	1924	meißt masch.
	1083	Maßnahmen des Reiches und der Länder aufgrund Artikel 48 der Reichsverfassung zum Schutz und zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, militärischer Ausnahmezustand (Enthält: Pressezensur, Pressekontrolle; Drohmaßnahmen)		

E 151/02	697	Maßnahmen gegen staatsfeindliche Umtriebe (Enthält u.a.: Zeitungsausschnittsammlung zu: Inflation 1923, Hitler-Putsch, KPD-Flugblätter)	1921 - 1925	meißt. masch.
E 151/03	698	Maßnahmen gegen staatsfeindliche Umtriebe (Enthält u.a.: Inflation 1923; Hitlerputsch 1923; Zeitungsausschnittsammlung)	1923	masch.
J 175	Nr. 732b	Inflation 1923; Kampf mit den Scheinen	1977	masch.
	Nr. 6	1923, Jahr der Inflation	1976	masch.
J 212	74	Drucksachen verschiedener Betreffe (Enthält u.a.: Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, 1923)	1923	Druckschrift
Q 1/18	165	Die Reparationsfrage. Die Einführung der Rentenmark. (Darin: Die Entwicklung der Reparationsfrage, Chronik des wirtschaftlichen Niedergangs, 1923; Aufsatz über "Die deutsche Geld- und Kreditlage" (von 1924)	1923	meißt masch.
Q 1/9	80	Rede Schalls in Göppingen über die deutsche Innenpolitik (Hitlerputsch) (Enthält: Stimmung des deutschen Volkes; Beziehungen Württ.-Bayern; NSDAP)	1923	masch.

1929 - Jahr der Wirtschaftskrise

25. Oktober 1929 - Der schwarze Freitag. An diesem Tag überraschte ein tiefer Sturz der Aktienkurse die New Yorker Börse. Einige Tage später gab es erneut einen gewaltigen Kursrutsch und die Anleger, die die Aktienpakete über Kredite finanziert hatten, verkauften fast panisch ihre Aktienpapiere, um wenigstens noch einen Teil des Geldes zu retten. Unter den Anledern waren auch Banken, deren Aktien meist den Wert ihres Eigentums übertrafen. Sie riefen schnellstmöglich die Auslandskredite zurück, wodurch die europäische Wirtschaft in die Krise verwickelt wurde. Die Banken mussten in sehr kurzer Zeit das bereits investierte Geld zurückziehen, um die Kredite bei den Banken in den USA zu tilgen. Da viel (auch aus dem Ausland) investiertes Geld aus Deutschland abgezogen wurde und die deutsche Wirtschaft in der kurzen Zeit ihres Wiederaufstieges noch keine ausreichenden Rücklagen bilden konnte rutschte sie immer weiter in die Krise. Dazu kam, dass viele "Sparer" die Bank stürmten, um ihr Erspartes vor der Inflation zu retten. Auch die Finanzpolitik der Reichsregierung verschärfte die Krise noch. Die Bekämpfung der Wirtschaftskrise fand im Kabinett Brüning keinen Platz. Doch nachdem die Arbeitslosigkeit immer stärker anstieg und soziale Unruhen entstanden, reagierte Brüning, indem er vorschlug, in die deutsche Wirtschaft zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Die Inflation war in Deutschland noch spürbar vorhanden denn viele sträubten sich dagegen, das kaum vorhandene Geld in die angeschlagene Wirtschaft zu investieren. Im Juni 1929 legte ein Sachverständigenausschuss unter Leitung von Owen Young einen neuen Zahlungsplan für die ausstehenden Reparationen vor. Der sogenannte "Youngplan" kam dem deutschen Wunsch nach Senkung der Schuldenlast entgegen. Trotzdem stieß der "Youngplan" in Deutschland auf Widerstand. Er sah vor, dass die Reparationskosten bis 1988 in Raten getilgt werden sollen. Aus Empörung über diese lange Laufzeit initiierten die DNVP, die NSDAP und der "Stahlhelm" Ende des Jahres einen Volksentscheid gegen den Youngplan, der allerdings scheiterte. Außenminister Stresemann erreichte darüber hinaus, dass das Rheinland fünf Jahre vor der vertraglichen Regelung geräumt werden sollte. Stresemann jedoch starb noch im selben Jahr.

Wirtschaftskrisenjahr 1929

(Youngplan, Stresemanns Tod, Arbeitslosigkeit)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 130 a	1440	Volksbegehren "Freiheitsgesetz" (Young-Plan) (Enthält u.a.: Zeitungsausschnitte mit Aufrufen für und gegen das Einschreiben beim Volksbegehren)	1929	Fraktur
E 130 b	2031	Ableben des Reichsaußenministers Stresemann 3.10.1929 (u.a.: Zeitungsausschnitte; Grabrede: Bedeutung Stresemanns für das Deutsche Reich und sein Verdienste)	1929	Fraktur
	2592	Teil VIII: Wiedergutmachung (Enthält: Bericht des Sachverständigen-Ausschusses; Haager Vereinbarungen des Youngplans; Memorandum: Kritik wegen Nichteinhaltung des Youngplans seitens des Deutschen Reiches und der restlichen Staaten)	1929	Fraktur
	375	Berichte des württembergischen Gesandten in München (Darin u.a.: Sondernummer "Young-Plan", Ausgabe A der Zeitschrift "Bayrische Industrie", Nr. 47 vom 16.11.1929)	1929	masch./Fraktur
E 151/41	34	Berichte über Arbeitslage, Arbeitslosigkeit und Entwicklung des Arbeitsmarktes im Landesarbeitsamtsbezirk Südwestdeutschland (2x im Monat)	1929 - 1937	masch.
E 131	164	Volksentscheid; Freiheitsgesetz (gegen den Youngplan) vom 22.12.1929	1929	masch.

J 150/ 550	Nr. 13	Der Youngplan, die Besiegelung unserer Knechtschaft, Youngplan und Räumung der Haager Konferenz; kritische Auseinandersetzung mit dem Youngplan	masch.
A 573 a	Nr. 3	Volksbegehren und Volksentscheide (Enthält v.a.: Freiheitsgesetz (Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes))	masch.

Der Alltag unter dem NS-Regime

Die Nationalsozialisten veränderten das Alltagsleben der Bevölkerung - auch durch ihre ständige Präsenz in Form von Hakenkreuzfahnen oder Angehörige der Sturmabteilung (SA) - durch neue Regelungen und Massenorganisationen. Verbände und Vereine wurden verboten und somit gesellschaftliche Nischen vernichtet. Bei vielen Deutschen jedoch herrschte - sofern sie nicht politisch verfolgt oder ausgegrenzt wurden - eine durch die positiv empfundenen Veränderungen ausgelöste Aufbruchstimmung. Die Volksgemeinschaft trat als propagiertes Gleichheitsideal in den Vordergrund.

Die Nationalsozialisten versuchten ihren Machtanspruch im Alltag zu verankern, nicht nur durch den Hitler-Gruß, der nie gesetzlich verlangt wurde, aber trotzdem vor allem im Verkehr mit Behörden üblich war, sondern auch durch das Schüren von Angst durch die Ausgrenzung und Verfolgung.

Ein großer Teil der Bevölkerung erhoffte sich durch die Regierung die Besserung der sozialen Not, die nach der Wirtschaftskrise entstanden war. Als eine Abnahme der Arbeitslosenzahl - durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Rüstungsprogrammen - kontinuierlich spürbar war, erreichten die neuen Machthaber immer mehr Zustimmung im Volk.

Die Nationalsozialisten erschufen beliebte Freizeitorganisationen, wie beispielsweise "Kraft durch Freude" (KdF), die das Reisen für Arbeiter nun möglich machte. Auch das Winterhilfswerk (WHW) und die NS-Volkswohlfahrt (NSV) machten den Eindruck, als strebe die Staatsführung ausschließlich nach dem Wohlergehen der Bevölkerung. Auch durch die Gleichschaltung wurde die nationalsozialistische Ideologie bis hinein in die privaten Leben der Bevölkerung projiziert.

Doch vor allem die Jugend spielte eine tragende Rolle, wurde ihnen doch von klein auf die Ideologie des NS-Staates aufgedrängt - nicht nur durch Spielzeug, sondern auch durch die Hitler-Jugend (HJ) und später durch den Reichsarbeitsdienst (RAD), für männliche Jugendliche.

Das Bedürfnis des Volkes nach Unterhaltung versuchte man mit Tanzlokalen, Bars, Theatern oder vor allem Filmen zu befriedigen. Auch der moderne Rundfunk prägte das Freizeitverhalten vieler Bewohner - dies beruht vermutlich auch auf den von den Nationalsozialisten verteilten "Volksempfängern".

Im Krieg wurde jedoch die Lebensmittel knapp, sodass die sogenannten "Hamsterfahrten" begannen. Diese wurde notwendig, weil die Versorgung mit Lebensmitteln in Städten nicht mehr ausreichte. Viele Menschen fuhren - oft auch mehrere 100 Kilometer weit - mit der Eisenbahn aufs Land und versuchten bei den Bauern Sachgegenstände gegen Kartoffeln, Speck, Brot oder Eier einzutauschen.

Doch der Krieg brachte - neben viel Leid und Tod - auch die Luftangriffe mit sich. Die Regierung versuchte die Bevölkerung darauf vorzubereiten, indem sie Broschüren austeilte, die "praktische" Tipps zum Verhalten bei Luftangriffen und Gasalarm vermittelt.

Alltag unter dem NS-Regime

(Hamsterreisen; Luftkrieg; Freizeit; Fliegeralarm, DAF, KdF)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 130b	3502	NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" Enthält vor allem: Organisation von Erholungsreisen und Gewährung von Zuschüssen; Einladung zu Veranstaltungen; Übersicht über die Gauwarte, Frage der Mitgliedschaft der staatlichen Behörden bei der NS-Gemeinschaft	1934 - 1940	masch.
	3868	Schutzmaßnahmen der Bevölkerung gegen den Luftkrieg, Umquartierung und Versorgung der Bevölkerung; Verdunklung; Ärztliche Erfahrungen im Luftschutz	1941 - 1945	masch.
E 150/064	4	Urlaubsfahrten 1935, NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude", Gau Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart	1935	masch.
	5	Urlaubsfahrten, Seefahrten, Landurlaubsfahrten, Wanderungen, NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude", Gau Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart	1937	masch.
	10	Kraft durch Freude, NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude", Gau Schwaben	1937	masch.
		Der Angriff : Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront ; Reichsausgabe, Deutsche Arbeitsfront	1940	masch.

E 151/03	908	Umquartierung auf Grund von Luftgefährdung und wegen Fliegerschäden; Enthält: Beschwerden und Gesuche	1942 - 1945	masch.
	935	Feststellung von Kriegsschäden, hier: Feststellung von Personenschäden, Einzelfälle	1940 - 1943	masch.
	936	Besorgung von Unterkünften für Ausgebombte	1944 - 1945	masch.
	967	Umquartierung auf Grund von Luftgefährdung und wegen Fliegerschäden; Freihaltung von Quartieren und Sperrung einzelner Gemeinden für be- sondere Zwecke	1943 - 1944	masch.
	968	Umquartierung von Ausgebombten sowie Evakuierung und Unterbringung von Flüchtlingen Enthält auch: Verlegung rüstungswichtiger Betriebe; Behandlung fremd- völkischer Umsiedler	1944 - 1945	masch.
	972	Verlegung bombengeschädigter Parteidienststellen in kriegswichtige Be- triebe	1943 - 1945	masch.
	1167	Musikalische Darbietungen, Allgemeines Enthält: Regelungen zum Stattfinden von Tanzlustbarkeiten, Verbote und Verbotsaufhebungen von Tanzveranstaltungen während des Krieges	1936 - 1944	masch.
E 397	37a und 37	"Hamstern" von Lebensmitteln; Anschuldigungen von Bürgern gegenüber "Lebensmittelkartenfälscher/-händler": Einzelfälle; Strafanzeige, Urteile, Runderlasse	1942 - 1945	masch.

	38 + 39	Selbstversorgungsanträge von Familien; Einblicke in die Zustände und alltäglichen Probleme und v.a. auch der Aufwand zur Selbstversorgung	1939 - 1945	masch.
J 175	Nr. 702c	Luftangriff auf Dresden; Lebensbericht	s.d.	masch.
	886b	"Die Stunde hatte noch nicht geschlagen"; Erzählung von Luftangriff auf eine süddeutsche Stadt	s.d.	masch.
M 736	335	Zeitungsausschnitt zur Volksgasmaske; Gebrauch, Notwendigkeit	s.d.	masch.

Propaganda und Journalismus

Unter Propaganda versteht man einen absichtlichen Versuch, Sichtweisen und Einstellungen systematisch zu manipulieren und Verhaltensweisen dadurch zu steuern. Die NS-Propaganda konzentrierte sich auf sich ständig wiederholende Schlagworte und Parolen, die eine breite Masse erreichen sollten. Hierbei stand vor allem der Appell an die Emotionen im Vordergrund, nicht etwa die Argumentation. Die NSDAP versuchte auch in den Zeiträumen zwischen den Wahlen Angst zu schüren und Hass zu verbreiten. Sie stilisierten Feindbilder, wie etwa Juden, Kommunisten und Demokraten, indem sie diese als Verantwortliche für die schwere Wirtschaftslage und das politische Chaos darstellten.

Zu der erfolgreichen Propaganda gehörten auch die sorgfältig geplanten Massenveranstaltungen, bei denen Uniformen, Fahnen und immer wiederkehrende Symbole den Eindruck von Stärke und Gemeinschaft vermittelte. Ein weiteres Propagandamittel war der "Führerkult", wobei Hitler im Mittelpunkt des Geschehens stand und als "Erlöser" gefeiert wurde.

Auch der Wahlkampf 1932 stand schon unter den Zeichen der Propaganda, für die seit 1930 Josef Goebbels verantwortlich war. Hitler trat an einem Tag in mehreren, weit voneinander entfernten Städten auf, um eine Aufbruchstimmung zu erzeugen und überall präsent zu sein. Dazu erschien im gleichen Jahr eine Broschüre über Hitler: "Hitler, wie ihn keiner kennt". Er wurde hier als "normaler Deutscher" dargestellt, kinderlieb, technikbegeistert und naturverbunden. Somit deckte er in einem Heft die Erwartungen einer breiten Bevölkerungsmasse ab.

Kurz nach der Machtübernahme wurde das "Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda" errichtet. Dieses erreichte infolge der Gleichschaltung innerhalb kürzester Zeit die Kontrolle über den Alltag der Bevölkerung. Die gleichgeschalteten Massenmedien, wie Presse, Fotografie und Film dienten als wichtigstes Instrument dazu. Durch den preisgünstigen Volksempfänger erreichte auch der Rundfunk immer mehr Menschen. Die NSDAP versuchte in alle Lebensbereiche einzudringen - in Freizeit, Arbeit, Schule und Kinderzimmer. Das Volk sollte geschlossen hinter der NS-Führung stehen und Anhänger deren Weltanschauung werden.

Die klassenübergreifenden Volksgemeinschaften spielten dabei eine zentrale Rolle (z.B. Hitler-Jugend, NS-Frauenschaft). Auch die Massenversammlungen an Feiertagen, wie dem "Heldengedenktag" wurden als Propagandamittel genutzt.

Doch auch die antisemitische und rassenideologische Propaganda nahm zu und wurde auf vielfältige Weise verbreitet: In (Kinder-)Büchern, Plakaten und sogar in einer Ausstellung wurden Juden als geldgierig dargestellt, die den "stolzen Deutschen" ausnehmen wollten.

Auch die Wehrpropaganda ließ - zumindest nach dem Erfolg über Frankreich 1941 - die Sympathien für Hitler steigen. Erfolgreiche Heerführer wurden wie Helden gefeiert. Ein bekanntes Beispiel hierfür war Erwin Rommel, der sehr große Popularität genoss. Die Propaganda reichte von Aufforderungen zum Luftschutz, über Einmachen von Lebensmitteln bis hin zur Kampagne "Der Feind hört mit".

Als 1942 die Erfolgsmeldungen von der Ostfront ausblieben, schwenkte die Propaganda zu Durchhalteparolen um, und schließlich forderte sie den "Totalen Krieg".

Propaganda und Journalismus

(Pressezensur; Abwehr von Feindpropaganda; Propaganda durch Flugblätter; Plakate)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
M 736	235	Propaganda: 10 Gebote gegen die Feindpropaganda	1940	masch.
M 737	99	Presseverbot; Übernahme des Staatsanzeigers in den NS-Kurier	1935	masch.
E 397	19	Aufklärung auf dem gebiet Ernährungswirtschaft; Richtlinien für die Einschränkung der Veröffentlichungen in der Wirtschaft	1929 - 1942	masch.
E 151/03	695	Abwehr von Spionage Einzug von Feindpropaganda; Presseüberwachung	1939 - 1945	masch.
	742	Überwachung und Zensur von Filmen Einzelfälle (z.B. "Im Westen nichts Neues"); Maßnahmen gegen kommunistische Filmpropaganda	1926 - 1931	masch.
E130b	3482	Allgemeine Presseangelegenheiten; Überwachung der Presse; Beamte werden sich mindestens eine nationalsozialistische Zeitung oder Zeitschrift zu kaufen	1933 - 1934	masch.

J 150	70 - 9d	"Wer ist am Krieg schuld?" - Plakat	1942	masch.
J 150 /70	1	Deutscher Bauer! So hat Dich Adolf Hitler gerettet : [Werbeflugblatt zur Reichspräsidentenwahl am 10. April 1933]	1933	masch.
	3	Wer verdient am Krieg? (1 Blatt)	1939	masch.
	9b	Tatsachen entscheiden!, [Über die Eroberung des Ostraum und damit die Stärkung der deutschen Wirtschaft]	1942	masch.
	9d	Wer ist am Kriege schuld?, "Roosevelt, Churchill und Stalin tragen vor der die Verantwortung für diesen Krieg. Hinter ihnen aber steht der Jude"; [Über die Schuld des Judentums am Krieg] (Plakat)	1942	masch.
	28	Aufruf der NSDAP dem deutschen Judenboykott folge zu leisten	1933	masch.
J 150/103c	Nr. 11	Sammlung von schwarz-weiß, sowie farbigen Lichtbildern und Zeichnungen der NS-Propaganda	s.d.	masch.
J 150/228	2	*Die* neue Kriegsschuldlüge, Grimm, Friedrich, 36 S.	1940	masch.
	6	Londons Kriegsschuld bewiesen, amtliche Dokumente, die im Warschauer Außenministerium gefunden wurden, decken das Intrigenspiel der Demokratien gegen Deutschland und die Vorbereitung des Krieges durch London-Paris auf	1940	masch.

J 150/276	29a	Deutschland erwache!, [Millionenverschwendungen - Auflistung der Ausgaben der Regierung ; Werbung zum Eintritt in die NSDAP], Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	1931	masch.
J 150/315	38	Lohnt es sich noch?, [NS-Flugblatt zum durchhalten], [4] S.	1944	masch.
J 150/320	6	Rassenschande in Frankreich : Blutmischung führt zum Verfall der völkischen Kraft, 1 Flugblatt	1940	masch.
J 150/411	21	Flugschriften und Zeitungsausschnitte zu Reichspräsidentenwahl am 13. März 1933; Wahlwerbung für die Kandidaten (Hindenburg, Hitler, Thälmann; Duesterberg)	1933	masch.
	22	Flugschriften und Zeitungsausschnitte zur Landtagswahl am 24. April 1932; Wahlwerbung für verschiedene Parteien (DVP, KPD, NSDAP, SPD, Zentrum, DNVP, DDP)	1932	masch.
	23	Flugschriften und Zeitungsausschnitte zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932; Wahlwerbung für die Parteien (KPD; DNVP; DVP; SPD; Zentrum; DVP; DSP; NSDAP)	1932	masch.
	24	Flugschriften und Zeitungsausschnitte zur Reichstagswahl am 6. November 1932; Wahlwerbung für die Parteien (DNVP; SPD; DVP; Württ. Bauern- und Weingärtnerbund; NSDAP; KPD; SAD; Sozialistische Republikaner Deutschlands; Christl.-soz. Volksdienst; Niedersächs. Bürgerl. Mitte; Deutschen-hannoversche Partei)	1933	masch.

	25	Flugschriften und Zeitungsausschnitte zur Reichstagswahl am 5. März 1933 Wahlwerbung für die Parteien (NSDAP; SPD; DVP; Zentrum; Kampffront Schwarz-weiß-rot; Christl.-Soz. Volksdienst)	1933	masch.
J 150 /152	2	Wer ist der größte Elektrotechniker der Welt? Antwort: Adolf Hitler!, [Spruch in dem Hitlers Weltpolitik mit der Arbeit eines Elektrotechniker verglichen wird]	1940?	masch.
	10	Adolf Hitler : der Retter Deutschlands ; ein Lesebogen für die deutsche Jugend	1935	masch.
J 151	2480	Bekanntmachung an die Bevölkerung! Alle Funksendegeräte ... Abzuliefern (O/1497); Herausgeber: Oberkommando der Wehrmacht;	1940	masch.
	2493	Gnade und Ehre ist es Deutscher zu sein!		
	Nr. 2680 ff	Der Jude Kaufman übertrumpft! Die in Argentinien erscheinende englische Zeitung "Buenos Aires Herald" fordere die Ausrottung der Deutschen. (Die Parole der Woche. Parteiamtliche Wandzeitung der NSDAP	1942	masch.

Außerdem: Sammlung des NS-Kuriers Stuttgart in J155 II; J 150/212 Nr. 21 Sammlung von Wochensprüchen der NSDAP;
Stimmzettel für Wahlen teilweise erhalten (in 130b)

Rechtstaatlichkeit und Widerstand

Am Abend der 30. Januar 1933 zogen Anhänger der NSDAP mit Fackelzügen durch das Brandenburger Tor, um den "Tag der Machtübernahme" zu feiern. Nur wenige Stunden zuvor hatte Reichspräsident Hindenburg Adolf Hitler zum neuen Reichskanzler ernannt. Hitler hatte die Absicht, die Regierung von der Kontrolle durch den Reichstag zu lösen und eine autoritäre Regierung zu bilden. Die NSDAP verwirklichte dieses Ziel tatsächlich innerhalb kürzester Zeit. Dabei bewahrten sie den Anschein der verfassungsmäßigen Legitimität (sog. "Legitimitätsprinzip der NS-Ideologie), schalteten somit politische Gegner aus und konnten sich ungehindert der staatlichen Kraft bemächtigen. Wichtig dafür war das "Ermächtigungsgesetz" (eigentlich: "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich"). Diesem Gesetz zufolge durfte die Reichsregierung ohne Zustimmung des Reichstags, ohne Bestätigung des Reichsrats und ohne Unterschrift des Reichspräsidenten Gesetze erlassen. Die Dauer des "Ermächtigungsgesetzes" war zeitlich begrenzt, doch es wurde durch die nationalsozialistische Regierung zwei mal verlängert. Zwischen 1933 und 1934 fand der Prozess der Gleichschaltung des gesamten Landes statt. Dabei wurde nicht nur die Politik, sondern auch das gesellschaftliche Leben vereinheitlicht. Somit wurden auch unpolitische Bürger davon erfasst. Es wurden z.B. die Studentenverbindungen aufgelöst oder an den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund angegliedert. Besonders wichtig waren die Massenmedien. Zeitungen und Zeitschriften wurden gleichgeschaltet und die Pressefreiheit immens eingeschränkt. Ein bekanntes Beispiel für die Gleichschaltung im gesellschaftlichen Sektor ist die Hitlerjugend und der Bund deutscher Mädel - die Jugendorganisationen des Nazi-Regimes. Doch gegen diese unterdrückenden Maßnahmen der Nationalsozialisten entstand auch Widerstand. Bekannte Personen, die zum deutschen Widerstand zählen, sind zum Beispiel Georg Elser, Claus Schenk Graf von Stauffenberg oder die Geschwister Scholl. Aber auch ganze Gruppen stellten sich gegen das System: der Kreisauer Kreis, die Eiserne Front oder auch die Bekennende Kirche sind nur einige davon. Doch es gab auch kleinere und unbekanntere Menschen und Bewegungen, die Widerstand leisteten. Der Widerstand formierte sich nicht nur in unkoordinierten Einzelaktionen, sondern auch in professionell vorbereiteten Maßnahmen.

Ab 1934 war keine legale Absetzung des Reichskanzlers mehr möglich. In dieser Situation waren vor allem die politischen Gruppen aktiv, wie beispielsweise die kommunistischen oder sozialdemokratischen Organisationen. Nachdem diese aber verstärkt verfolgt wurden, gruppieren sich Widerstandorganisationen mit religiösen oder moralischem Hintergrund.

Auch Eugen Bolz war einer der Gegner des nationalsozialistischen Regimes. Er war Mitglied bei der Zentrumsparlei und von 1915 und 1933 Mitglied im württembergischen Landtag. Zum Zeitpunkt der Machtübernahme war er Innenminister in Württemberg und lehnte die NSDAP offen ab. 1933 wurde er aus dem Amt gedrängt, noch im gleichen verhaftet und im Konzentrationslager Festung Hohenasperg interniert. Nach seiner Entlassung zog er sich zurück, kam aber Ende 1941 in Verbindung mit dem Widerstandskreis um Carl Friedrich Goerdeler. 1944 wurde er deswegen erneut verhaftet und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt. Nur wenige Monate vor Kriegsende wurde er im Zuchthaus Berlin-Plötzensee enthauptet.

Rechtstaatlichkeit und Widerstand

(Gleichschaltungsgesetz, Wahlen 1933, Eugen Bolz Festnahme - Inhaftierung)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
J 155 II Stgt Ns-Blatt Extrablatt		Anschlag auf Hitler	1944	masch.
E 130 b	541	vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder; Wahlergebnisse 1933	1933	masch.
	3494	Überwachung von Versammlungen und Vereinen; Versammlungsverbot; Überwachung weltanschaulicher Vereine	1888 - 1943	masch.
M 660/156	Nr. 63	Zeitungen mit Artikeln über die Widerstandsbewegung	s.d.	masch.
Q 1/40	3	Korrespondenz zwischen Richard Schmid und seinen Rechtsanwälten; Korrespondenz zwischen Dritten über die Strafsache; Stellungnahme von Richard Schmid selbst	1938 - 1941	lw. Handsch.
	190	Strafverfahren gegen Richard Schmid und die SAP Anzeige der Gestapo gegen Richard Schmid vom 11.2.1939	1939 - 1949	masch.
J 40/7	136	Gnadengesuch Maria Bolz; Erinnerungen an den Widerstandskreis um Goerdeler; Berichte über Verfahren von Widerstandskämpfern	1945 - 1951	ch./handsch.

	134	Materialsammlung zum Umkreis des 20. Juli 1944	1952 - 1965	
Widerstand am Beispiel Eugen Bolz				
EA 6/101	307	Wirtschaftsministerium, Pressestelle: Eugen Bolz: Staatspräsident, 1944 wegen Teilnahme an der Verschwörung zum Tode verurteilt	1952 - 1966	masch.
J 40/7	136	Nachlass Max Miller: Korrespondenz und Materialien zum letzten Lebensjahr	1945 - 1951	
	146	Unterlagen über die Verurteilung von Eugen Bolz	1944 - 1970	
	271	Artikel zu Eugen Bolz	1951 - 1970	
Q 1/25	9	Gelegenheitsreden von Eugen Bolz (Verschiedene Zeitungsausschnitte über Inhaftierung)	1925 - 1931	und masch.
	10	Zeitungsausschnitte mit Berichterstattung über Reden des Innenministers Eugen Bolz (Bericht über Inhaftierung 1933)	1925 - 1927	masch.
	11	Gefängnisaufenthalt und Hinrichtung von Eugen Bolz	1944 - 1947	
	24	Haft, Verurteilung und Hinrichtung von Eugen Bolz (z.B. Auszüge aus Briefen)	1944 - 1945	Mikrofilm
	49	Briefe von Eugen Bolz an seine Frau und seine Tochter aus der Haft	1944	Mikrofilm

Q 1/35	550 - 552	Nachlass Gebhard Müller: Eugen Bolz. Reden zum Gedächtnis	1944 - 1982	masch.
J 155 II Nr. 8 Ns-Kurier Nr. 158		Zeitungsartikel zur Festnahme	1933	masch.

Die Rolle der Frau im NS-Staat

Das nationalsozialistische Frauenbild war eher ein Mutterbild, denn die Welt der Frauen reichte nicht nur die Familie und die Kindererziehung, sondern auch das Heim. Dies bedeutete aber nicht, dass die Frau minderwertig war, sondern im Nationalsozialismus wurde genau das Gegenteil propagiert. Die NS-Führer förderten die Rolle der Frau und stellten sie ideologisch wertvoll dar. Die Frau war insofern wichtig für das Dritte Reich, weil sie - als Mutter - leichten Zugang zu Kindern und Jugendlichen hatte.

Allerdings wurde die Frau dennoch unter die Herrschaft des Mannes gestellt. Durch kleine, propagandistische Maßnahmen (wie z.B. der Muttertag, Mutterschutz und das Mutterkreuz) wurde versucht dieses Ziel zu erreichen. Am Beispiel des Mutterkreuzes ist zu erkennen, dass die Funktion der Frau hauptsächlich auf das Gebären von Kindern und Erziehen jener ausgelegt war.

Die typischen ("arteigenen") Berufe einer Frau waren - für diejenigen, die Arbeit verrichten konnten oder wollten - im pflegerischen Gebiet angesiedelt, wie zum Beispiel Krankenschwester. Somit galt für das Verhältnis der Geschlechter: "Gleichwertig, aber nicht gleichartig."

Das bedeutet jedoch nicht, dass Frauen nur hilflose Opfer waren, sondern es gab durchaus auch Frauen, die mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und diesen unterstützten, wie beispielsweise KZ-Wächterinnen oder Denunziantinnen.

Eine Möglichkeit, sich an der nationalsozialistischen Ideologie zu beteiligen war die NS-Frauenschaft (NSF). Dies war ein Zusammenschluss mehrerer Frauenverbände, die fortan unter NSDAP-Reichsleitung standen.

Der politische Einfluss der NSF tendierte allerdings - trotz zeitweise 2,3 Millionen Mitglieder - gegen Null. Dies dürfte auch an dem Frauenbild gelegen haben, welches die Macht- und Politikbeteiligung von Frauen nicht vorsah. Diese Rollenverteilung wurde auch von der NSF selbst propagiert.

Somit hatte die Frau im Allgemeinen einen schweren Standpunkt im Nationalsozialismus. Die "Wahl" des Berufs war für Frauen besonders schwer. Nicht nur hier musste sie sich den Voraussetzungen und Vorstellungen der Machthaber richten, sondern auch bei ihrem Lebensstil, wurde die Familie doch als so wichtig angesehen.

Die Rolle der Frau im NS-Staat II

Im Jahre 1934 trat zusätzlich das *"Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"* in Kraft. Mit diesem Gesetz wurde die Erfassung aller Frauen nach "erbgesundheitslichen" Aspekten angestrebt.

Die Kriterien solcher Erbkrankheiten ließen enorm viel Spielraum für willkürliche Auslegungen. Die Eingriffe wurden von den eigens dafür eingerichteten Erbgesundheitsgerichte kontrolliert und eingeleitet. Die Sterilisation, die als Maßnahme gegen "erbkranken" Nachwuchs angeordnet wurde, war auch gegen den Willen der Betroffenen möglich. Somit wurde nicht nur das soziale, sondern auch das sexuelle Verhalten von der Regierung bewertet.

Frauen, die nicht der nationalsozialistischen "Norm" entsprachen, wie zum Beispiel Frauen, die ihre Kinder allein erzogen, einen individuellen Lebensstil pflegten oder deren "sexuelles Verhalten" als "auffällig" eingestuft wurden (d.h. "starker erotischer Eindruck", "häufig wechselnder Geschlechtspartner", "sexuelles Interesse", "sexuelle Erregbarkeit") galten als "moralisch schwachsinnig" und wurden auch so attestiert. Mit dieser Einstufung wurden sie zwangssterilisiert.

Doch auch der Rassismus verbot vielen Frauen, Kinder zu bekommen. Denn auch die Zwangssterilisation aus "eugenischen" Gründen wurde durch das oben genannte Gesetz legitimiert. Von 1933 bis 1944 wurden etliche Mädchen oder Frauen zwangssterilisiert, auch weil sie als "schwer erziehbar", schizophren, hysterisch, taub, blind oder manisch-depressiv galten.

Die Rolle der Frau in der NS-Zeit

(Abtreibung; Mutterschutz; Frauenfürsorge, NS-Frauenschaft; Frauenarbeit)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 200 b	208	Lehrgänge für Hausfrauen für die Aufgaben des Deutschen Frauenwerks	1939 - 1944	masch.
E 130 b	1039	Gewährung von Ehestandsdarlehen an erbgesunde junge Ehepaare Enthält: Richtlinien für die ärztlichen Untersucher der Ehestandsdarlehen Untersuchung und Ausstellung eines Gesundheitszeugnisses für Angehörige der SS zu Gewährung eines Ehestandsdarlehen	1933 - 1940	masch.
	2919	Hilfswerk "Mutter und Kind" Enthält: Richtlinien für die Müttererholungsfürsorge	1934 - 1940	masch.
	3156	Schutz der erwerbstätigen Frauen Enthält: Gesetzliche Bestimmungen über den Mutterschutz	1926 - 1942	masch.
	3250	Weiblicher Reichseinsatzdienst Enthält: Gesetzliche Bestimmungen (Strafordnung; Kriegseinsatz)	1933 - 1944	masch.
	3503	NS-Frauenschaft Enthält: Einladungen, Programme zu Tagungen	1934 - 1937	masch.
E 151/03	479	Sittenpolizei: Weibliche Angestellte in Gast- und Schankwirtschaften	1920 - 1938	masch.

	911	Polizeiliche Maßnahmen während des Krieges Enthält: Kriegshilfsdienst der SchülerInnen; Verwendung der Ortsgefängnisse für militärische Zwecke, Verbot des Tragens von Hosen durch Frauen	1939 - 1945	masch.
E 151/09	406	Reichsmütterdienst im Deutschen Frauenwerk Enthält: Verbot konfessioneller Mutterkurse, Staatsbeitrag an NS-Frauenschaft	1937 - 1944	masch.
	161	Schwangeren- und Wöchnerinnenschutz sowie Unterstützung des Reichsmütterdienst Darin: Verbot konfessioneller Mütterschulung, Einzelfälle Der Ratgeber für Mütter	1925 - 1938	masch.
E 151/ 53	165	Eheignungsprüfung Enthält: Erteilung von Eheignungszeugnissen, Verweigerung von Ehestandsdarlehen	1935	masch.
	166	Hilfe bei Kinderlosigkeit Enthält: Richtlinien für die Durchführung der Vorsorge für werdende Mütter bei den Gesundheitsämtern	1942 - 1950	masch.
E 151/54	1	Maßnahmen zur Hebung der Volkskraft Darin: Statistiken zur Fehl-/Frühgeburten und Abtreibungsraten teilweise nach Klassen aufgestellt; Abtreibungsverbot; Abtreibung nach Vergewaltigung durch feindliche Soldaten	1922 - 1945	masch.

E 397	15	Lebensmittelsonderzulagen für Kranke, werdende und stillende Mütter	1939 - 1945	masch.
J 150/276	Nr. 34	Der Führer an die deutschen Frauen, Reden von Hitler an die NS-Frauenschaft	1934	masch.
J155 II Schwäb. Merkur Nr. 37	Nr. 126	Frauen-Zeitung des Schwäbischen Merkur, zu Erziehung und Haushalt	15. Sep 35	masch
J 175	Nr. 186	Lebensbericht einer kinderreichen Mutter		
	Nr. 1017	Erinnerungen einer Mutter, Freiburg und Südbaden im 2. Weltkrieg		
Q 1/41	63	Kriegswirtschaft und Frauenarbeit Enthält: Bericht "Ein heißer Tag im Werk", Einsatz von Arbeitsmädchen in einer Fabrik	1943 - 1945	masch.
	87	"Frauenkultur im Deutsche Frauenwerk: Nationalsozialistische Frauenarbeit" Enthält: Vorführungsfolge für die Kleiderschau des Deutschen Frauenwerks	1937	masch.
	89	"Wir Arbeitsmädchen vom Lager 14/122 Haigerloch gestalten den Muttertag" Gestaltung eines Theaterstücks	1936	masch.

Zum Vergleich: Schwangerschaftsabbrüche von Frauen in Baden-Württemberg von 1997 - 2004

Zum Vergleich: Säuglingsstefälle in Baden-Württemberg seit 1979

	Jahr	Männlich	Weiblich
Anzahl	1979	558	406
	1980	560	463
	1985	373	306
	1990	441	321
	1995	301	233
	2000	230	180
	2001	218	153
	2002	187	154
	2003	185	147
	2004	185	145
auf 1.000 Lebendgeborene	1979	11,8	9,0
	1980	11,0	9,5
	1985	7,7	6,6
	1990	7,3	5,5
	1995	5,2	4,3
	2000	2,2	1,7
	2001	4,2	3,1
	2002	1,9	1,5
	2003	3,7	3,1
	2004	3,7	3,1

Jugend und Schule im Dritten Reich

Die Schulpolitik im Nationalsozialismus hatte hauptsächlich die Absicht, reformpädagogische und liberale Richtungen und Traditionen durch die nationalsozialistische Ideologie zu ersetzen. So wurde 1933 auch gegen jüdische Schüler/innen und Lehrer/innen vorgegangen. Schon wenige Tage nach der Reichskristallnacht verkündete das Reichserziehungsministerium, dass es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden könne, an jüdischen Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch verstehe es sich von selbst, dass es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich sei, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen. Auch die jüdischen Lehrer wurden aus den allgemeinen Schulen entlassen und durften fortan nur noch an jüdischen Schulen unterrichten.

Es wurde allerdings nicht nur eine Rassentrennung, sondern teilweise auch eine geschlechtsspezifische Trennung in der Schule vorgenommen. Doch auch andere Aspekte der nationalsozialistischen Ideologie flossen in den Schulalltag mit ein. Preiswert produzierte "Zusatzhefte" sollten die Schulbücher ersetzen - alle wurden auf Militarismus und Führerkult ausgerichtet.

Hitler sah die Schule als Vorbereitung zum Wehrdienst, dessen Hauptziel es sein müsste, die NS-Ideologie fest in der Erziehung zu verankern und die Jugendlichen auf den Krieg vorzubereiten. Es galt also, die Jugend zu rassebewussten Volksgenossen zu formen, ihre "Körper zu stählen" und sie zu überzeugten Nationalsozialisten zu erziehen.

Neben Familie und Schule gab es noch eine dritte Erziehungsform - die Jugendorganisationen. So gab es - als bekanntes Beispiel - Die Hitlerjugend (HJ). Sie wurde schon 1926 von der NSDAP gegründet und wurde 1933 in Jungvolk und HJ einerseits, Jungmädelsbund und Bund deutscher Mädel (BdM) aufgegliedert. Auch hier wurden also Mädchen von Jungen getrennt und sogar altersspezifische Gruppen gebildet. Dem Jungvolk und dem Jungmädelsbund gehörten die 10 - 14 jährigen an, der HJ und dem BdM die 14 - 18 jährigen. Die Teilnahme an diesen Organisationen war sogar gesetzlich geregelt, Es wurden Heimabende, Sportnachmittage, Tagesfahrten, Zeltlager und Sportfeste organisiert und Schulungen angeboten. Hierbei kristallisierten sich wieder die Geschlechterrollen heraus. Während im einen Fall die Jungen auf die militärische Ausbildung getrimmt wurden, bereitete man die Mädchen auf ihre Mutter- und Hausfrauenrolle vor. Der Aufbau einer solchen Organisation war streng geregelt, so musste die HJ immer uniformiert sein. Neben der HJ und dem BdM waren keine anderen Jugendorganisationen erlaubt.

Um die Kinder im Krieg zu schützen, wurde die "Erweiterte Kinderlandverschickung" (KLV) eingeführt, bei der ab 1940 Schulkinder, Mütter und deren Kleinkinder aus den von Luftkrieg bedrohten Städten (z.B. Hamburg, Berlin) in KLV-Lagern in weniger gefährlichen Gebieten (z.B. Pommern, Schlesien oder Dänemark) untergebracht wurden. In diese Lager sollten nur Kinder aufgenommen werden, die nicht an Infektionskrankheiten litten, keine Epileptiker oder chronische Bettlässer waren. Vor der Abfahrt wurden erst schulärztliche Untersuchungen durchgeführt.

Die Aufenthaltsdauer war vorerst unklar, weil die Regierung an einen baldigen Sieg glaubte und somit an einige Wochen Aufenthalt. Tatsächlich dauert es aber sechs Monate bis die ersten Kinder zu ihren Eltern zurück konnten.

Jugend und Schule im Dritten Reich

(Kinderlandverschickung, Hitler-Jugend, Jungmädeldienst, Kinderfürsorge, Schulen)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 130 b	2919	Hilfswerk "Mutter und Kind" Enthält: Richtlinien für die Müttererholungsfürsorge; zahlenmäßiger Verteilungsplan für die Kinderlandverschickung in den einzelnen Gauen, 1935	1934 - 1940	masch.
	2941	Allgemeine Fragen der Jugend- und Kinderfürsorge	1903 - 1943	masch.
	2944	Einsatz von Jugendlichen als Luftwaffen - und Marinehelfer	1943 - 1945	masch.
E 200b	36	Einschränkungen des Schulunterrichts während des Krieges Enthält: mangelnde Brennstoffversorgung	1939 - 1944	w. Handschr.
	37	Stilllegung von Schulen; Kriegseinsatz von Schülern und Lehrern	1944 - 1945	masch.
	38	Beurlaubung von Schülern für Veranstaltungen der Hitler-Jugend	1944 - 1945	masch.
	61	Verlegung von Schulen in Lager der Kinderlandverschickung Enthält: Besichtigung von KLV-Lager	1944 - 1945	masch.
	62	Verlegung von Stuttgarter Schulen Enthält: Erweiterte Kinderlandverschickung	1943 - 1944	
	64	Verlegung von Stuttgarter Schulen		

	Enthält: Wiedereröffnung einzelner Schulen; Schulraumbeschaffung	1943 - 1945	masch.
71	Ermittlungen über die Zahl der verschickten Lehrer und Schüler	1944-1945	masch.
115	Benutzung von Schulgebäuden für militärische Zwecke	1944 - 1945	masch.
138	Luftwaffenhelfer (HJ); Unterricht für Luftwaffenhelfer, vermisste Luftwaffenhelfer der Hohenstaufen-Oberschule Göppingen	1943 - 1945	masch.
142	Schutzmaßnahmen in den Schulen bei Luftgefahr; Darin: Auswirkungen beim Luftangriff auf Ulm 17.12.1944	1943 - 1945	masch.
143	Einrichtungen von Schutzräumen in Schulen	1938 - 1944	masch.
177	Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hitler-Jugend	1944 - 1945	masch.
178	Musterung und Auslese von Schülern	1944 - 1945	masch.
180	Organisation und Abhaltung des Jungmädeldienstes	1933 - 1939	masch.
184	Beschaffung von Lehrmitteln für die Schulen (v.a. naturwissenschaftlicher Unterricht)	1944 - 1945	masch.
206	BDM-Haushaltungsschulen	1938 - 1945	masch.
E 151 /03 (auch 905 und 907)	904 Organisation und Durchführung der erweiterten Kinderlandverschickung	1940 - 1942	masch.

E 151/09	5	Erfassung von Anstalten und Heimen zur Unterstützung Minderjähriger, v.a. für Zwecke der Kinderlandverschickung; Statistiken und Mitteilungen einzelner Kreise/Städte	1940 - 1942	lw. Handsch.
	169	Hitlerjugend Enthält: Fernhaltung eines Jugendlichen vom Jugenddienst und Grenzeinsatz; Einzelfall	1944 - 1945	lw. Handsch.
	422	Erholungsfürsorge für Kinder Enthält: Kinderlandverschickung, Konfessionelle Waldheime	1934 - 1943	lw. Handsch.
E 151/41	1560	Beschaffung von Heimen für die Hitlerjugend	1938 - 1943	masch.
J 175	Nr. 719	Meine Erinnerungen		handsch.
	Nr. 1328	Ein Schulbetrieb im "Dritten" Reich; Erlebnisbericht		masch.
Q 1 /41	3	Fotoalbum 'Bezirk XII RADwJ - Bezirksleitung - Dienstbesuche - Feste und Feiern - Die Menschen - Die Arbeit im Lager, im Außendienst, im Kriegshilfdienst' (281 Stück) mit Ansichtskarten und Fotos insbes. bezüglich der Inspektionstätigkeit von Annetraut Hammer	1939 - 1945	masch.
	19	Reichsarbeitsdienst für die weibliche Jugend; Veranstaltungen, etc. Enthält: Gedichte, Lieder, Spielanleitungen, erzieherische Grundlagen	1938 - 1944	masch.

Antisemitismus und Eugenik

Antisemitismus ist die Judenfeindlichkeit, die - begründet auf Nationalismus, Sozialdarwinismus und Rassismus - seit etwa 1800 in Europa auftritt. Für den Nationalsozialismus war der Rassen-Antisemitismus bedeutend und führte bis zum Holocaust.

Schon 1920 stellte die NSDAP in ihrem 25-Punkte-Programm fest: "Kein Jude kann Volksgenosse sein [...]". In seiner Autobiographie strebte Adolf Hitler die "Entfernung" aller Juden an und kam auf die Idee - womöglich durch seine Fronterfahrung - sie mit Giftgas zu ermorden.

Nachdem die NSDAP 1928 keinen spürbaren Erfolg verbuchen konnte, verminderte sie die antisemitische Propaganda, da diese auch auf Ablehnung stieß.

Nach der Machtergreifung wurde der antisemitische Gedanke wieder verstärkt aufgenommen und die NSDAP arbeitete daran, die Juden aus der deutschen Gesellschaft zu verdrängen. Zu einer der frühesten Maßnahmen gehörte ein verschärftes Tierschutzgesetz, das das Schächten verbot. Es folgten Berufsverbote, Auswanderungsdruck und Judenboykotte. Juden hatten nur noch begrenzt oder gar keinen Zugang zu Schulen und Universitäten, wurden aus dem Arztberuf gedrängt und schließlich gab es weitere Berufsverbote - verhängt von den gleichgeschalteten Berufsverbänden.

Mit den "Nürnberger Gesetzen" wurde die Freiheit der Juden noch stärker eingeschränkt, indem unter anderem entschieden wurde, dass Juden und Nichtjuden nicht heiraten durften.

In nie gekannter Schärfe führten die Maßnahmen weiterhin zu "Reichskristallnacht" und Ghettoisierung bis hin zur "Endlösung der Judenfrage". Den Deutschen wurde verboten sich mit Juden zu zeigen oder gar Freundschaften zu pflegen. Sie durften keine Telefonzellen benutzen, Züge und Schiffe nicht besteigen und nur zu bestimmten Zeiten einkaufen. 1941 mussten jüdische Bürger einen "Judenstern" tragen, damit sie immer gleich "entlarvt" werden konnten. Auch die Deportationen wurden dadurch erleichtert. In diesem Jahr begann ebenfalls die organisierte Massenvernichtung, welche bis 1945 fast sechs Millionen Opfer forderte.

Eugenik (auch Eugenetik) bezeichnet eine Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik - biologische Erkenntnisse anwenden - die das Ziel hat, den Anteil der negativ bewerteten Erbanlagen zu verringern.

Schon bald nach der Machtübernahme führte Hitler ein eugenisches Sterilisationsgesetz ein ("Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses"). Dieses Gesetz sah auch Zwangssterilisationen vor und führte bis 1939 zur Unfruchtbarmachung von ca. 300.000 Betroffenen.

Die Sterilisationen wurden bei verschiedenen Krankheiten durchgeführt: Taubheit, Blindheit, körperliche Missbildung, Alkoholismus, Schizophrenie, Depressionen und "angeborenem Schwachsinn". Bei all diesen Krankheiten wurde damals vermutet, dass sie genetische Ursachen hätten. Die radikale Eugenik im NS-Staat mündete schließlich in der Euthanasie, welche die Vernichtung von "lebensunwerten Leben" vorsah. Nach dem Kriegsbeginn wurden nicht nur behinderte Kinder, sondern auch viele erwachsenen Anstaltsinsassen durch Injektionen - später in Gaskammern - getötet. Ein bekanntes Beispiel für Euthanasie ist die Anstalt Grafeneck, wo bis 1941 ca. 10.000 behinderte oder psychisch kranke Menschen getötet wurden.

Antisemitismus und Eugenik

(Judenfreundliche Aktivitäten; Judenstern; Lebensverhältnisse von Juden; Boykott; Judentransporte; Euthanasie; Zwangssterilisation)

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
Q 3/12	2	Eidesstattliche Erklärung zum Verhalten von Mitarbeitern der Gestapo Stuttgart; judenfreundliches Verhalten einzelner Angestellter	1947 - 1949	masch.
	16	Verhalten von Otto Köslar, Druckereibesitzer, gegenüber Juden	1945 - 1977	masch.
	23	Berichte und Erklärungen zur Verfolgung in Stuttgart U.a.: Lebensverhältnisse einiger Juden in und um Stuttgart	1951 - 1973	masch.
	38	Maßnahmen gegen die jüdischen Einwohner Talheims Enthält u.a.: Polizeiordnung über die Kennzeichnung von Juden; Arbeitseinsatz von Juden	1936 - 1941	masch.
Q 1/22	153	Dokumentation von Landgerichtspräsident Alfred Marx über das Schicksal der jüdischen Juristen in Württemberg und Hohenzollern 1933 - 1945	1965 - 1966	masch.
Q 1/35	19	Judenverfolgung im Nationalsozialismus, Darin u.a.: Deportationen von Juden; Ausgehverbot für Juden; Verbot von Einzelaktionen gegen Juden; Ausschalten aus dem deutschen Wirtschaftsleben; Kennzeichnung (Judenstern)	1935 - 1945	masch.

E 151/41	620	Benennung von Straßen, Plätzen und Brücken allg. Enthält: Umbenennung jüdischer Straßennamen	1934 - 1943	masch.
E 151/53	162	Jahresberichte der staatlichen Gesundheitsämter über die Durchführung der Zwangssterilisationen	1935 - 1938	lw. Handsch.
	163	Jahresberichte der staatlichen Gesundheitsämter über die Durchführung der Zwangssterilisationen	1939 - 1945	lw. Handsch.
	164	Überwachung von Zigeunern	1934 - 1947	masch.
E 151/54	5	Rassenhygiene, Allgemeines und Einzelfälle Darin: Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses; Sterilisationen; Schwangerschaftsabbrüche; Propaganda für und gegen das Gesetz	1935 - 1937	masch.
	207	Unterbringung von Ausländern und Juden in Krankenhäusern	1941	eilw. masch.
EA 99/001	262	Beschwerden jüd. Organisationen wegen nicht rechtmäßiger Behandlung; Judentransporte; Studiumszulassungen für Juden; Förderungen der Auswanderung von Juden; Arisierung der Geschäfte		masch.
	264	Zeugenaussagen, Briefe und Berichte zum Verfolgungsschicksal der Juden 1933 - 1945		s.d. lw. Handsch.

	238	Landratsämter Rottweil (Originalüberlieferung): Verzeichnis der in Rottweil wohnhaften Juden, Judenüberwachung, Kennzeichnung von Juden, Rundfunkgeräte von Juden, Entzug von Auslandsreisepässen von Juden	1933 - 1943	masch.
	239	Landratsämter Rottweil: Maßnahmen gegen Juden; Schutzhaft; Vermögens- erfassung; Durchführung des "Blutschutzgesetzes, Ehegenehmigungen"	1912 - 1947	masch.
M 660/325	9	Alfred Marx: Das Schicksal der jüdischen Juristen in Württemberg und Hohenzollern 1933-1945	1965 - 1966	masch.
J 150/185a	Nr. 36 - 1	Lebenswert oder unlebenswert?...erlebtes in ihren Heimen in Grafeneck und Obersontheim, Samariterstift	1934	masch.
	Nr. 36 - 2	Fünzig Jahre Krüppelnot und Krüppelhilfe, von der Leibesarbeit ... In ihren Heimen Grafeneck und Obersontheim, Samariterstiftung	1935	masch.
J 150/170	28	Aufruf der NSDAP dem deutschen Judenboykott folge zu leisten (Artikel)	1933	masch.
	31	Wenn Du dieses Zeichen siehst ... dann denke daran, [Aufruf zum Kampf gegen die Juden], [o.].], [4] S.	sine dato	masch.
J 175	785	Das Leben einer Epileptikerin; Not, Angst und Leid vor der Abholung im Dritten Reich		

942a	Erlebnisse aus den Kriegsjahren 1944/45: Juden-Pogrom	
998	Jüdische Tragödie; Erlebnisbericht	masch.
1013	"Kristallnacht ohne Ende"; Erlebnisbericht von der Reichspogromnacht 1938 in Mannheim	masch.
1435	Lebenslauf: Maler. Bleivergiftung. Zwangssterilisation	
1598	9. November 1938: Tag schmerzenden Gedenkens; Judenverfolgung	masch.
2001	Höhenluft"kur" bei Stetten am kalten Markt; Häftling im Schutzhaft im Schutzhaftlager Heuberg/Schwäbische Alb	masch.

Außerdem: "Die Dokumentation jüdischer Schicksale" als vorbereitetes Führungsmodul in der Sammlung "Material zu Führungsmodulen"

Anmerkung: E 151/53 Bü 149, 150, 153, 154 und 155 (Thema Zwangssterilisation) bis 2017 gesperrt!

Konzentrationslager

Konzentrationslager (KZ) dienten anfangs zur Unterdrückung politischer Gegner und „Unruhestifter“, der Ausbeutung durch Zwangsarbeit, später teilweise sogar zu medizinischen Versuchen an Menschen, Internierung von Kriegsgefangenen bis hin zur Vernichtung von Millionen Menschen. Sie wurden in der Zeit des Nationalsozialismus errichtet (1933 - 1945). Im Jahr 1934 begann die NSDAP, vor allem aber die Sturmabteilung (SA), Inhaftierungslager als Ausweichmöglichkeit für die staatlichen Gefängnisse zu bauen. Dort wurden größtenteils politische Gegner in "Schutzhaft" genommen, die der Willkür der Wächter ausgesetzt waren. Die Lager waren von der Außenwelt abgeschirmt, sogar der Feuerwehr war es verboten das Gelände zu betreten. Ende 1935 waren circa 4.000 Häftlinge in KZs untergebracht. 1936 stieg die Zahl der Häftlinge stetig und auch die Zusammensetzung änderte sich. Inhaftiert wurden nun auch Personen, die nicht in die "Volksgemeinschaft" passten, z.B. "Asoziale", "Arbeitscheue", Homosexuelle oder Zeugen Jehovas.

Während der Novemberpogrome im Jahr 1938 wurden fast 26.000 Juden verhaftet und inhaftiert. Ende 1938 wurden fast 60.000 Menschen in KZs festgehalten.

Nach dem Kriegsbeginn änderte sich wiederum die Zusammensetzung der Häftlinge. Es kamen vor allem Menschen aus den vom Deutschen Reich eroberten Gebieten, also aus Polen, Frankreich, Tschechien, Jugoslawien, den Niederlanden und Belgien in die KZs. Unter diesen Häftlingen befanden sich oft auch Roma und Sinti. In den besetzten Gebieten wurden ebenfalls neue Lager errichtet. Die KZs wurden bald in drei verschiedene Kategorien eingeteilt, welche die Lebensbedingungen der Häftlinge und den Umgang mit bzw. das Vorgehen gegen diese anzeigten.

Anfang 1943 betrug die Anzahl der Häftlinge bereits über 200.000 Inhaftierte, im Sommer des gleichen Jahres waren es schon über 500.000, wobei knapp 90% davon keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen. Durch die Zwangsarbeit - teilweise in Stollen oder in unterirdischen Produktionsstätten - kamen viele Häftlinge schon innerhalb weniger Wochen zu Tode. In der Endphase des Krieges starben vermutlich 240.000 Häftlinge, teilweise durch Mangelernährung, Schwerstarbeit und Morde, Todesmärsche und durch Seuchen. Auch noch nach der Befreiung starben trotz erheblich besseren Zuständen Tausende Häftlinge infolge der Krankheiten und Unterernährung

Konzentrationslager und Versorgung der Häftlinge

(Versorgungsgesetze; Transport; Anklage der mutmaßlichen Täter in den KZs [siehe auch: Wiedergutmachung])

<i>Bestand</i>	<i>Büschel</i>	<i>Beschreibung</i>	<i>Datierung</i>	<i>Bemerkung</i>
E 397	67	Verpflegung der Justizgefangenen, Häftlinge, Konzentrationslager	1940 - 1945	masch.
EA 4/403	7	Anklage wegen "illegalem KZ"; Mordanklage, wobei der Angeklagte Hungerstreik androht	1950 - 1955	lw. Handsch.
	73	Anklage eines vermutlichen Mitgliedes des Kommando 99 im KZ Buchenwald Verfolgung der Täter wegen Mord	1948 - 1952	masch.
	231	Angehöriger des ehemaligen SS-Stampersonals wird verdächtigt Mitglied des Kommando 99 im KZ Buchenwald gewesen zu sein	1953 - 1954	masch.
E 151/03	1192	Erhöhter Kohlebedarf in den Krematorien Reutlingen, Tuttlingen und Schweningen, VS durch Verbrennung toter Häftlinge aus verschiedenen KZ-Außenlagern	1944 - 1945	masch.
	183	Gefangenentransporte mit der Eisenbahn; Bericht über die Wirkung häufiger Transporte auf die Bevölkerung; Zustände und Seuchen		masch.
	219	Transportgefangene, Allgemeines Enthält u. a.: Vorschriften über die Gefangenensammeltransporte; Maßnahmen zur reichsweiten Vereinheitlichung des Gefangenentransportes; Regelung der Kostenübernahme; Gefangenewagenumlauf	1932 - 1945	masch.

J 152 A II	Nr. 2	Die Konzentrationslager: Eine Gewissensfrage für das deutsche Volk und für die Welt (nach Predigten des Verfassers in der Liebfrauenkirche zu Ravensburg am 27. Mai und 8. Juli 1945)	1945	masch.
J 152 B II	Nr. 4	Hans Bollmann: "Im K Z". Ein Tatsachenbericht aus dem Konzentrationslager (nach einem Vortrag des Verfassers in der Bürgerversammlung in Calw am 3. Juni 1945)		masch.